



Migration in kleineren Kommunen

ZUGÄNGE ZUM WOHNUNGS- UND ARBEITSMARKT GESTALTEN

FRIEDERIKE ENSSLE-REINHARDT
BIRGIT GLORIUS

1. Einleitung

Die große Zuwanderungsbewegung von Geflüchteten seit 2015 hat neue Aufmerksamkeit für Fragen der Integration und Teilhabe in Deutschland erzeugt. Durch das Verteilungssystem von Geflüchteten auf die Bundesländer (Königsteiner Schlüssel) und deren Weiterverteilung in die Landkreise und Kommunen kam es seitdem auch fernab der Großstädte zu einem erheblichen Anstieg migrationsbezogener Diversität. So hat sich die Anzahl der Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft in ländlichen Regionen von 2013 zu 2018 um 57 Prozent gesteigert (vgl. Steinführer & Kordel 2024: 123). Diese Zunahme war vor allem dort spürbar, wo es zuvor nur geringe Anteile an Bevölkerung mit Migrationsgeschichte gegeben hatte. Insbesondere in sehr ländlichen Kommunen und vor allem in den ostdeutschen Bundesländern war dies der Fall.

Viele kommunale Akteure jenseits der Metropolen sahen sich somit erstmals mit der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten konfrontiert (vgl. Mehl et al. 2023: 3). Über die erste Versorgung von Geflüchteten hinaus standen sie nun vor neuen Aufgaben, denn Fragen der sozialen Integration und des Zusammenlebens stellten sich ganz praktisch vor Ort: in Nachbarschaften, Behörden, Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz oder im öffentlichen Raum. Kommunale Akteure mussten – und müssen nach wie vor – Wege finden, wie die Neuzugewanderten Zugänge zu den lokalen Strukturen erhalten und am gesellschaftlichen Leben vor Ort teilhaben können. Damit wurde die Rezeptivität von lokalen Gemeinschaften herausgefordert, also ihre Fähigkeit und Bereitschaft Neuankommende aufzunehmen.

Neben den Herausforderungen, die diese neue Situation bereithielt, wurde die fluchtbedingte Zuwanderung aber auch als eine Chance für die lokale Entwicklung kleinerer Kommunen gesehen, vor allem angesichts demografischer Veränderungen wie Alterung und Schrumpfung (vgl. SA 2020; SM.MV 2019; BMLEH o.J.): Die Geflüchteten waren meist deutlich jünger als der Durchschnitt der Lokalbevölkerung und es wurden Hoffnungen dahingehend formuliert, dass dem Fach- und Arbeitskräftemangel entgegengewirkt und soziale Infrastrukturen, wie Schulen und Kindertageseinrichtungen oder Vereine, erhalten werden könnten.

Auch in der Wissenschaft rückte Migration in kleineren Kommunen näher ins Blickfeld, war doch vor 2015 das Thema vor allem in diversitätsgeprägten Großstädten untersucht worden. Forschungsprojekte beschäftigten sich nun vermehrt mit der neuen Diversität in kleineren Kommunen und sammelten empirische Einblicke in unterschiedliche Facetten der Aufnahme von Geflüchteten und Migration in Kleinstädten und ländlichen Regionen (vgl. bspw. Enßle-Reinhardt & Schneider 2025; Günther & Schneider 2024; Mehl et al. 2023; Enßle-Reinhardt et al. 2022b; Glorius & Schondelmayer 2018).

Infolge der weltweiten Krisen und bewaffneten Konflikte der jüngeren Vergangenheit ist die Aufnahme, Unterbringung und soziale Integration von Geflüchteten in Kommunen auch abseits der Großstädte zu einer Daueraufgabe geworden: Seit dem Jahr 2022 haben Städte und Gemeinden in Deutschland den Zuzug von insgesamt über einer Million Geflüchteten aus der Ukraine erlebt. Zusätzlich beantragen weiterhin Schutzsuchende aus anderen Ländern Asyl, im Jahr 2024 über 229.000 Menschen (vgl. BAMF 2025). Zugleich haben sich die öffentlichen Debatten um Migration und Flucht hierzulande weiter zugespitzt, begleitet von einer zunehmend restriktiveren Migrations- und Integrationspolitik auf Bundesebene. Dabei stehen oft die Herausforderungen bei der Unterbringung und sozialen Integration von Geflüchteten im Vordergrund, aber auch die steigenden Kosten in den Sozialsystemen oder Sicherheitsbedenken etwa beim „Schutz der Grenzen“ oder wenn Gewalttaten pauschal mit „den Migranten“ in Verbindung gebracht werden. Während diese Debatten vor zehn Jahren maßgeblich von rechtspopulistischen Kräften vorangetrieben wurden, findet sich eine migrations skeptische Haltung und Rhetorik inzwischen in weiten Teilen des politischen wie gesellschaftlichen Spektrums.

Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich gegenwärtig umso mehr die Frage, wie insbesondere in kleineren Kommunen auf eine positive Rezeptivität hingewirkt werden kann. Die vorliegende werkSTADT¹

¹ Diese werkSTADT ist im Kontext des vhw-Forschungsprojektes *Narrative zu Migration in Klein- und Mittelstädten (NaMiK)* entstanden. Das Projekt untersucht, wie der Zugang von Migrantinnen und Migranten zum Arbeitsmarkt in kleinstädtischen Kontexten durch lokale Narrative beeinflusst wird. Es wurde von der vhw-Stiftung finanziert und von Mai 2024 bis Juni 2026 durch Prof. Dr. Birgit Glorius und ihr Team von der Technischen Universität Chemnitz umgesetzt.

Kleinere Kommunen – Begriffsverständnis:

Kleinere Kommunen werden im Verständnis des Beitrags nicht ausschließlich über die Einwohnerzahl definiert, sondern auch mit Blick auf die Siedlungsstruktur, das infrastrukturelle und soziale Angebot, die regionale Einbettung und das lokale Selbstverständnis. Damit gelten nicht nur ländliche Räume und Kleinstädte, sondern auch Mittelstädte, z. B. in ländlicher Einbettung, als kleinere Kommunen. Über „den ländlichen Raum“ bestehen zahlreiche Stereotype, die sich auch auf die Integrationsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten beziehen. Forschungsergebnisse zeigen jedoch, dass eine differenzierte Betrachtung des lokalen Kontextes notwendig ist, um zu aussagekräftigen Ergebnissen und daraus abgeleiteten Handlungsstrategien zu gelangen.



Foto 1: Die kleinere Kommune Kulmbach.
© Friederike Enßle-Reinhardt

wendet sich dieser Frage zu und stellt ein Modell vor, mit dem systematisch und differenziert auf die Aufnahmefähigkeit von Kommunen geblickt und förderliche Faktoren spezifiziert werden können. Es betrachtet dafür die Ausgangslage einer Kommune in den drei Bereichen: (1) räumliche und infrastrukturelle Ressourcen, (2) lokale Politikgestaltung und (3) gesellschaftliches Klima und soziale Strukturen. Kommunale Akteure aus Verwaltung und Politik können auf Grundlage dieser Analyse vorhandene Ressourcen identifizieren und daraus zielgerichtete inklusive Strategien entwickeln. Die vhw-werkSTADT zeigt diese Analyse beispielhaft an den Handlungsfeldern Wohnen und Arbeit und stellt Handlungsimpulse für diese Bereiche aus aktuellen Forschungsbefunden vor. Dabei wird deutlich, dass zahlreiche Faktoren – insbesondere hinsichtlich der Offenheit für Diversität und des gesellschaftlichen Klimas – nicht nur die Aufnahme und Integrationsmöglichkeiten von Geflüchteten betreffen. Auch für ausländische Fachkräfte, internationale Studierende und andere Zugewanderte sind diese relevant. Die werkSTADT beruht auf den Erkenntnissen verschiedener Forschungsprojekte der Autorinnen zur Aufnahme von Geflüchteten in kleineren Kommunen seit 2015 (vgl. bspw. Enßle-Reinhardt & Schneider 2025; Glorius et al. 2023a, Glorius et al. 2023b, Enßle-Reinhardt et al. 2022a & 2022b; Bürer et al. 2021). Die meisten

der präsentierten Erkenntnisse sind jedoch auch auf andere Gruppen von Migrantinnen und Migranten und deren Teilhabechancen übertragbar.

2. Das Modell der Rezeptivität

Die Rückschau auf den Umgang mit den Geflüchtetenankünften von 2015 und 2022 zeigt: Die Fähigkeit und Bereitschaft zur Aufnahme und Integration Geflüchteter stellte sich insbesondere in kleineren Kommunen sehr unterschiedlich dar. Während in einigen Gemeinden finanzielle und personelle Überforderung sowie eine insgesamt abwehrende Haltung vorherrschten, nahmen in anderen lokale Schlüsselpersonen, wie die Bürgermeisterin, der Pfarrer oder die Integrationsbeauftragten, eine proaktive Rolle ein und versuchten resiliente Aufnahmestrukturen zu entwickeln (vgl. Glorius 2025; Ratzmann et al. 2024). Um diesen lokal unterschiedlichen Umgang mit der Aufnahme von Geflüchteten besser zu verstehen, arbeiten wir mit dem Modell der Rezeptivität (vgl. Glorius et al. 2021). Die Rezeptivität einer lokalen Gemeinschaft beschreibt „die Fähigkeit und Bereitschaft von Individuen, sozialen Gruppen und Institutionen, sich Neuankommenden zu öffnen und eine teilhabeorientierte Perspektive zu entwickeln“

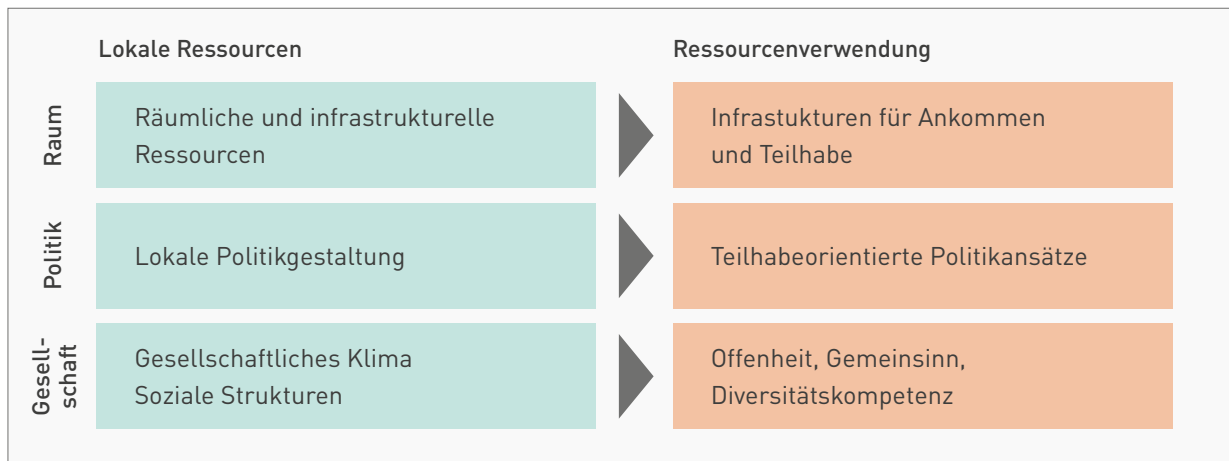


Abbildung 1: Elemente lokaler Rezeptivität. Quelle: eigene Darstellung

(Glorius et al. 2023a: 103). Dafür sind sowohl die *Verfügbarkeit* von Ressourcen zur Einbindung von neu Zugewanderten von Bedeutung, wie etwa die Verwaltungskompetenzen einer Kommune, das Angebot an Bildungseinrichtungen oder die Struktur des lokalen Arbeitsmarktes, als auch die *Bereitschaft*, diese Ressourcen für die Teilhabe von Zugewanderten einzusetzen. Das Rezeptivitätsmodell hat zwei entscheidende Vorteile gegenüber anderen analytischen Modellen: Zum einen lenkt es den Blick weg von den Anpassungsleistungen der Geflüchteten hin zu dem Aufnahmekontext auf lokaler Ebene. Zum zweiten betrachtet es nicht nur handelnde Akteure aus Politik und Verwaltung, sondern berücksichtigt die gesamte Akteurslandschaft einer Gemeinde, inklusive der lokalen Bevölkerung und ihres lokal gebundenen Sozialkapitals. Damit rückt das Modell die aufnehmende Gemeinde in einem ganzheitlichen Sinne in den Mittelpunkt der Betrachtung, wenn es um Aufnahmebereitschaft und -fähigkeit geht.

Für die Analyse lokaler Rezeptivität differenziert das Modell drei Betrachtungsebenen (siehe Abbildung 1): die räumliche, die politische und die gesellschaftliche. Auf der *räumlichen Ebene* liegt der Fokus auf den strukturellen Bedingungen der Rezeptivität, wie etwa der Verfügbarkeit von Wohnraum, Kapazitäten von Bildungseinrichtungen, der Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr oder der Struktur des lokalen Arbeitsmarktes. Dabei wird nicht nur die strukturelle Ausstattung per se betrachtet, sondern die Frage gestellt, inwieweit verfügbare Strukturen auch für die Aufnahme von Geflüchteten oder für die Integration internationaler Migrantinnen und Migranten zum Einsatz kommen. Auf der *politischen Ebene* betrachtet

das Modell das Handeln politischer Akteure vor Ort – etwa verschiedene Stile von politischer Führung – sowie die Strukturen des Verwaltungshandelns. Auch hier differenziert die Analyse zwischen den vorhandenen Strukturen und ihrer Nutzung für integrative Prozesse – etwa inwieweit ein Stadtoberhaupt seine Führungsposition proaktiv nutzt, um andere Akteure vor Ort für Aufgaben der Integration zu aktivieren. Auf der *gesellschaftlichen Ebene* untersucht das Rezeptivitätsmodell die Struktur der lokalen Gesellschaft hinsichtlich Demographie und Diversität, sozialer Netzwerke, des kollektiven Selbstverständnisses in Bezug auf Einwanderung sowie des politischen Klimas. Hier könnte beispielsweise von Belang sein, ob es vor Ort bereits Bevölkerungsgruppen mit Migrationsbiographie gibt und ob diese aktiv angesprochen werden, sich an integrativen Aufgaben zu beteiligen. Über diese grundsätzliche Beschreibung hinausgehend ist von Interesse, ob das lokal gebundene Sozialkapital zum Einsatz kommt, um neuankommenden Migrantinnen und Migranten gesellschaftliche Zugänge zu ermöglichen. Damit stehen Faktoren wie gesellschaftliche Offenheit, Gemeinsinn und Diversitätskompetenz im Mittelpunkt der Betrachtung.

Im Folgenden wird dieses Modell exemplarisch auf die Themenbereiche Wohnen und Arbeit angewandt. Auf Grundlage von Forschungsergebnissen wird gezeigt, wie in diesen Bereichen die unterschiedlichen Ebenen von Raum, Politik und Gesellschaft sowie die jeweiligen Akteursgruppen ineinandergreifen und wie auf eine positive Rezeptivität in kleineren Kommunen hingewirkt werden kann.

3. Zugänge zu Wohnraum

Aus kommunaler Sicht ist das Thema der Wohnraumversorgung im Bereich Fluchtmigration zentral. Die Kommunen sind für die Unterbringung der ihnen zugewiesenen Geflüchteten verantwortlich und Unterbringung hatte sich – insbesondere in den Jahren 2015, 2016 und erneut mit der Ankunft von Geflüchteten aus der Ukraine im Jahr 2022 – zu einem Sinnbild für Überforderung durch Fluchtzuwanderung entwickelt. Dies wurde nicht zuletzt durch mediale Darstellungen von Wohncontainern und Schlafplätzen in Turnhallen, insbesondere in den Jahren 2015 und 2016, unterstützt. Zwar zeigt eine Befragung von über 600 Kommunen aus dem Jahr 2023, dass die Überforderung zu diesem Zeitpunkt nicht flächendeckend war und knapp 60 Prozent der befragten Kommunen die Situation als „herausfordernd, aber noch machbar“ (Kühn 2023: 2) einschätzten. Dennoch erschweren angespannte Wohnungsmärkte die Unterbringung, da es für Geflüchtete unter diesen Umständen eine besondere Herausforderung ist, aus der Gemeinschaftsunterkunft auszuziehen. Ein Mangel an Wohnraum ist nicht mehr nur ein Problem der Großstädte, auch in kleineren Kommunen steigt der Druck auf die Wohnungsmärkte (vgl. Younso & Schammann 2023: 82). Für Geflüchtete ist das Wohnen in der eigenen Wohnung aber ein zentraler Faktor, um vor Ort ankommen und Zukunftsperspektiven entwickeln zu können – gerade nach den möglicherweise zahlreichen Wohnort- und Unterkunftswechsels in der Phase der Asylantragstellung (vgl. Kordel et al. 2023b). Was sind also die entscheidenden Faktoren in kleineren Kommunen für eine positive Rezeptivität im Handlungsfeld Wohnen bezogen auf strukturelle Ressourcen, lokale Politikgestaltung und gesellschaftliche Strukturen?

Lokale Ressourcen im Bereich Wohnen

Auch wenn sich die Situation in Bezug auf die *räumlichen und infrastrukturellen Ressourcen* im Bereich Wohnen in kleineren Kommunen sehr unterschiedlich darstellt, lassen sich auf Grundlage des Forschungsstandes einige zentrale Unterschiede zwischen kleineren Gemeinden und Großstädten ableiten. Gerade bei der Unterbringung von Geflüchteten zeigen sich markante Unterschiede, etwa in den Wohnungsmarktstrukturen: Anders als in Großstädten gibt es in vielen kleineren Kommunen nur wenig kommunalen

Wohnungsbau und generell ein limitiertes Angebot an Mietwohnungen.² Häufig befinden sich diese zu großen Teilen in Besitz von Privatpersonen (vgl. Enßle-Reinhardt 2025; Enßle-Reinhardt et al. 2022a/b). Es fehlen zudem Ein-Zimmer-Wohnungen für Alleinstehende oder große Wohnungen für Familien. Verfügbare größere Wohneinheiten bestehen meist aus Einfamilienhäusern in peripherer Siedlungslage. Befunde zu Wohnbedürfnissen von Geflüchteten zeigen allerdings, dass gerade die Nähe zu zentralen Institutionen, wie Bildungseinrichtungen, Behörden oder Beratungsstellen, als besonders wichtig eingeschätzt wird. Diese finden sich jedoch vor allem in den regionalen Zentren (vgl. Weidinger & Kordel 2020). Eine weitere Herausforderung für die Kommunen ist die Aktivierung von vorhandenem Wohnraum. In Regionen, die Schrumpfungsprozessen unterliegen, steht Wohnraum mitunter lange Zeit leer. Diesen zu renovieren (bzw. die Eigentümerinnen und Eigentümer dafür zu aktivieren) ist zeitaufwendig und kostenintensiv, was wiederum die Mieten erhöht (vgl. ebd.). Alternativ wurden in vielen Fällen Sammelunterkünfte in peripherer Lage eingerichtet. Auch wenn auf diese Weise schnell verfügbarer Wohnraum geschaffen wird, werden jedoch neben den hohen Betriebskosten für die Kommune, die stigmatisierenden und isolierenden Auswirkungen auf die dort untergebrachten Personen kritisiert (vgl. Lebuhn et al. 2026: 77).

Darüber hinaus ist die *lokale Politikgestaltung* entscheidend für die kommunale Rezeptivität im Bereich Wohnen. Hier ist zentral, welche Strategien die Verantwortlichen beim Thema Unterbringung verfolgen und über welche Handlungskompetenzen sie verfügen: Betreibt die Kommune Gemeinschaftsunterkünfte oder gibt es ein dezentrales Unterbringungskonzept in Wohnungen? Nimmt sich die Kommune selbst des Themas an oder werden lediglich Immobilien für den Betrieb durch Landkreis oder Land zur Verfügung gestellt? Gibt es Personen in der Verwaltung, die explizit für das Thema Wohnen zuständig sind oder vielleicht sogar eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft? Diese sind zwar in kleineren Städten weniger präsent als in Großstädten,

² Für kleine Kommunen in Ostdeutschland kann sich die Lage anders darstellen, da kommunaler Wohnungsbau in der DDR auch fernab der Großstädte eine Rolle spielte. Daher ist der Anteil kommunaler Wohnungen in Ostdeutschland heute größer als in Westdeutschland, was auch Klein- und Mittelstädte betrifft – wenn auch in geringerem Maße (vgl. BBSR 2024: 14).

gerade in ostdeutschen Kommunen gibt es jedoch häufig kommunale Wohnungsbestände (s. o.). Viele Kommunen haben diese ganz dezidiert in ihre Unterbringungskonzepte einbezogen und mit dieser Form der selbst gesteuerten dezentralen Unterbringung von Geflüchteten sehr gute Erfahrungen gemacht (vgl. Enßle-Reinhardt et al. 2022b: 16).

Schließlich kommt dem *gesellschaftlichen Klima und den sozialen Strukturen* in kleineren Kommunen eine besondere Rolle beim Finden von Wohnraum zu. In kleinen Kommunen sind es vor allem soziale Netzwerke, über die Wohnraum vermittelt wird. Aufgrund der kleinteiligen Eigentümerstruktur haben Vorlieben oder Vorbehalte der Vermietenden gegenüber bestimmten Personengruppen großen Einfluss darauf, wer Zugang zu Wohnraum erhält (vgl. Enßle-Reinhardt 2025; Glorius 2023). Einheimische, die sich als Schnittstelle anbieten, um zwischen wohnungssuchenden Geflüchteten oder anderen internationalen Migrantinnen und Migranten auf der einen Seite und Vermietenden auf der anderen Seite Kontakte anzubahnen und den Suchprozess zu begleiten, stellen eine wichtige soziale Ressource von Rezeptivität dar. Forschungen zum Ankommen in ländlichen Regionen zeigen, dass gerade in kleineren Kommunen einzelne Ehrenamtliche oder ehrenamtliche Netzwerke die zentrale Ressource für Geflüchtete sind, um Wohnraum zu finden (vgl. Kordel et al. 2023b: 58; Weidinger & Kordel 2020).

Ressourcen im Bereich des Wohnens für Geflüchtete verfügbar machen

Entscheidend ist nicht nur, wie die oben genannten *räumlichen und infrastrukturellen Ressourcen* in einer Kommune aufgestellt sind, sondern auch, ob sie für die Teilhabe von Geflüchteten tatsächlich genutzt werden. So ist das bloße Vorhandensein von Wohnraum kein Garant dafür, dass dieser an Geflüchtete vermietet wird. Forschungsbefunde aus Kleinstädten weisen in diesem Kontext auf ähnliche Diskriminierungsprozesse aufgrund von Herkunft, Aufenthaltsstatus und Geschlecht hin, wie sie aus größeren Städten bekannt sind (vgl. Younso & Schammann 2023). Für viele Menschen mit Migrationsgeschichte ist es durch rassistische Vorbehalte ohnehin schwer, Wohnraum zu finden. Spezifische Gruppen, wie große Familien, alleinstehende Männer oder Personen mit muslimischem Hintergrund, sehen sich noch einmal

mit besonderen Ressentiments konfrontiert (vgl. SVR gGmbH 2026; Kordel et al. 2023b: 38; ADS 2020). Für Geflüchtete mit temporärer Aufenthaltserlaubnis führt zudem die Unsicherheit über die Dauer des Mietverhältnisses zu Zurückhaltung seitens der Vermietenden.

Diesen Zugangsbarrieren kann auf Ebene der *lokalen Politikgestaltung* entgegengewirkt werden, wenn Akteure aus Politik und Verwaltung sich im Bereich Wohnen aktiv um die Belange von Geflüchteten kümmern, eine dezentrale Unterbringung forcieren und proaktiv auf Vermietende zugehen, anstatt die Dinge sich selbst zu überlassen oder den Zuzug von Geflüchteten insgesamt als etwas Konflikthafes zu kommunizieren (vgl. Schneider 2022). In manchen Kommunen wird der Einzug von Geflüchteten durch Sozialarbeitende begleitet oder es werden einzelne Privatvermietende für die Flüchtlingsbegleitung geschult (vgl. Enßle-Reinhardt 2025).

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Informationslage von Geflüchteten über die Gepflogenheiten des deutschen Wohnungsmarktes. Vielen ist der in Deutschland vorherrschende Mietwohnungsmarkt unbekannt, sie können Wohnungsannoncen nicht dechiffrieren und haben keine Erfahrungen in der Kontaktaufnahme zu Vermietenden. Häufig können sie auch die geforderten Referenzen oder Bonitätsnachweise nicht liefern, die bei der Anbahnung eines Mietverhältnisses üblich sind. All das stellt eine erhebliche Hürde für die Wohnungssuche dar. In größeren Kommunen haben sich teils *soziale Strukturen* wie ehrenamtliche Initiativen gebildet, die Geflüchtete als Patinnen bzw. Paten bei der Wohnungssuche begleiten und dabei helfen, Informationslücken zu verkleinern und Vorurteile abzubauen (vgl. Glorius 2017). In kleineren Kommunen sind es meist einzelne Ehrenamtliche, die diese Aufgabe übernehmen. Durch ihre persönliche soziale Nähe zu den Geflüchteten einerseits und zu vielen Akteuren der lokalen Gesellschaft andererseits fungieren sie als zentrale Kommunikationsknoten. Sie wissen um die Erfahrungen der Geflüchteten und die Stimmung der Vermietenden, weil sie auch über die Wohnungsvermittlung hinaus als Ansprechpersonen bei Problemen fungieren (vgl. ebd.). Das Engagement von Ehrenamtlichen sollte deshalb von kommunaler Seite als wertvolle Ressource wahrgenommen und in die lokale Politikgestaltung strategisch eingebunden

werden. Die folgende Zusammenstellung zeigt die wichtigsten Faktoren für eine positive Rezeptivität im Bereich Wohnen.

Faktoren für positive Rezeptivität im Bereich Wohnen

- ✓ Leerstand wird erfasst und zeitnah mit den Eigentümerinnen bzw. Eigentümern auf eine Nutzbarmachung hingewirkt.
- ✓ Es gibt ansprechbare kommunale Akteure, die für das Thema Wohnen von Geflüchteten zuständig sind.
- ✓ Es gibt Informationsveranstaltungen und konkrete Ansprechpersonen für Immobilienbesitzer, die Wohnraum vermieten möchten, um Abläufe zu erklären und Vorbehalte zu nehmen.
- ✓ Positive Beispiele werden lokal durch Schlüsselpersonen kommuniziert, um die Vermietungsbereitschaft zu erhöhen.
- ✓ Die dezentrale Unterbringung wird aktiv begleitet, um nachbarschaftliche Kontakte zu fördern.
- ✓ Der Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft wird aktiv gefördert.
- ✓ Das Ehrenamt wird als eine wertvolle Ressource begriffen, in seinem Wissen ernst genommen und von kommunaler Seite gehört und eingebunden.

4. Zugang zum Arbeitsmarkt

Neben dem Bereich des Wohnens ist die Teilhabe am Arbeitsmarkt ein zentraler Faktor für die Integration von Zugewanderten (vgl. BMAS 2020). Im Jahr 2023 wurden mit dem Jobturbo die politischen Anstrengungen noch einmal intensiviert, um die Arbeitsaufnahme von Geflüchteten zu beschleunigen. Nicht zuletzt sollte damit die Akzeptanz der Aufnahmegesellschaft erhöht werden (vgl. Terzenbach 2024). Zwar werden die rechtlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Geflüchteten auf Bundesebene geregelt, dennoch gibt es zahlreiche Faktoren auf kommunaler Ebene, die den Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete maßgeblich erleichtern

können. Was sind also die Stellschrauben für eine positive Rezeptivität im Bereich des Arbeitsmarktes in kleineren Kommunen?

Lokale Ressourcen im Bereich des Arbeitsmarktes

Neben rechtlichen Vorgaben hängt der Zugang Geflüchteter zum Arbeitsmarkt entscheidend von der Struktur des lokalen Arbeitsmarktes ab. Tendenziell finden Geflüchtete einfacher Zugang zu größeren Unternehmen, die entweder bereits Erfahrung mit internationalen Arbeitskräften haben oder Tätigkeiten in Bereichen wie Logistik oder Fertigung anbieten, so dass geringe Sprachkenntnisse ausreichen und keine spezifische Qualifizierung benötigt wird (vgl. Enßle-Reinhardt et al. 2022a). Zudem kann es den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern, wenn Zeit- arbeitsunternehmen auf dem lokalen Arbeitsmarkt vertreten sind. Weitere leicht zugängliche Branchen sind die Gastronomie, das Hotel- und Gaststättengewerbe, die Gebäudereinigung oder Hilfstätigkeiten im pflegerischen Bereich. Allerdings zeichnen sich diese Branchen auch dadurch aus, dass sie sich im Niedriglohnsektor befinden. Bezogen auf die Branchenstruktur bestehen lokale Unterschiede, die von den Schwerpunkten des lokalen Arbeitsmarktes abhängen (vgl. Younso & Schamann 2023). Der Zugang zu kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gestaltet sich für Geflüchtete hingegen nicht immer einfach. Sprachbarrieren, unzureichende zeitliche und personelle Ressourcen für die Integration von Mitarbeitenden ohne Erfahrung auf dem deutschen Arbeitsmarkt sowie die Sorge der Betriebe vor bürokratischen Hürden und unklaren Aufenthaltsperspektiven der Geflüchteten sind zentrale Hemmnisse. Gerade in ländlichen Regionen ist auch die Erreichbarkeit der Arbeitsorte von zentraler Bedeutung. Denn ohne einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr erweisen sich Arbeitswege zu Fertigungs- orten als große Herausforderung, insbesondere im Kontext von Schichtarbeit an den Tagesrandzeiten (vgl. Enßle-Reinhardt et al. 2022a).

Deutsche Sprachkenntnisse sind ein zentraler Faktor für den Zugang zum Arbeitsmarkt. Das gilt in besonderer Weise für kleinere Kommunen und ländliche Regionen, wo Englisch selten als Mittlersprache vorausgesetzt werden kann und es mitunter wenig Erfahrung mit internationalen Mitarbeitenden gibt

(vgl. ebd.). In Bezug auf die *räumlichen und infrastrukturellen Ressourcen* muss also auch berücksichtigt werden, ob Sprachkurse für unterschiedliche Niveaus vor Ort vorhanden und inwiefern sie zu erreichen sind. In kleineren Kommunen mit einer überschaubaren Anzahl an Sprachkursangeboten oder einem schlecht ausgebauten ÖPNV in die nächst größere Kommune stellt das eine erhebliche Hürde dar (vgl. Scheible & Schneider 2020). Darüber hinaus ist in kleineren Kommunen die Beratungsinfrastruktur nicht immer gut aufgestellt und teilweise müssen für das Aufsuchen von Beratungsstellen, vom Jobcenter, von Anlaufstellen von Landesprogrammen oder migrantischen Initiativen für die Arbeitsmarktintegration große Distanzen überbrückt werden. Geflüchtete investieren dann erhebliche zeitliche und finanzielle Ressourcen, um Beratungsleistungen in Anspruch nehmen zu können – sofern sie überhaupt von diesen wissen.

Im Feld der *lokalen Politikgestaltung* hat die zuständige Ausländerbehörde einen wesentlichen Einfluss auf die lokale Rezeptivität für den Bereich des Arbeitsmarktes. Denn sie entscheidet über die Erteilung einer Arbeitserlaubnis bei ungesichertem Aufenthalt, etwa wenn sich Geflüchtete noch im Asylverfahren befinden oder eine Duldung ausgesprochen wurde (vgl. Younso & Schamann 2023). Forschungsergebnisse zeigen, dass die behördlichen Spielräume auf lokaler Ebene sehr unterschiedlich genutzt werden. Damit variieren die Möglichkeiten von Geflüchteten am Arbeitsmarkt teilzuhaben, auch bei gleichem rechtlichen Aufenthaltsstatus (vgl. Schlee et al. 2023).

In der Dimension *Gesellschaft und soziale Strukturen* ist die Erfahrung mit Diversität ein wichtiger Faktor für positive Rezeptivität des Arbeitsmarktes. Gerade in den Zentren der westdeutschen Industrialisierung können viele Arbeitgebende auf Erfahrungen mit der Integration ausländischer Arbeitskräfte zurückgreifen. Diese Erfahrung half nach 2015 bei der Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt, da die Zuversicht vorherrschte, mit entstehenden Herausforderungen gut umgehen zu können. In Kommunen, in denen bislang weniger Erfahrung mit Diversität gemacht wurde, stellen Arbeitgebende häufig die befürchteten Probleme in den Vordergrund, die bei der Einstellung von Geflüchteten entstehen könnten. So verweisen sie etwa auf komplizierte rechtliche

Rahmenbedingungen, Sprachprobleme, kulturelle Diversität oder ablehnende Reaktionen seitens der Belegschaft oder der Kundschaft (vgl. Glorius 2024). Teils verzichten Arbeitgebende dann gänzlich auf Geflüchtete als potenzielle Mitarbeitende.

Ressourcen im Bereich des Arbeitsmarktes für Geflüchtete verfügbar machen

Ähnlich wie im Bereich Wohnen kommt es daher auch beim Arbeitsmarktzugang darauf an, dass in kleineren Kommunen die lokalen Akteure gewillt sind, die vorhandenen *räumlichen und infrastrukturellen Ressourcen* für die Integration von Geflüchteten zu nutzen. Unsere Forschung zeigt, dass es vielerorts – unabhängig von den oben beschriebenen strukturellen Ressourcen – beeindruckende Einzelbeispiele gibt, in denen sich Arbeitgebende, durchaus auch in kleineren und mittleren Unternehmen, intensiv um Geflüchtete bemühen und kreativ denken, um eine gewinnbringende Mitarbeit zu ermöglichen (vgl. bspw. Enßle-Reinhardt et al. 2022b). Inspirierende Beispiele sind etwa die Erarbeitung eines Wörterbuchs mit wichtigen Begriffen für die Betriebsabläufe in den Herkunftssprachen der Mitarbeitenden, ein entschiedenes Vorgehen gegen Rassismus am Arbeitsplatz, die Kooperation mit kommunalen Verkehrsbetrieben, um die Erreichbarkeit der Produktionsstätten zu den Schichtzeiten zu ermöglichen, das Erdenken und Umsetzen modularer Qualifikationsmöglichkeiten im Handwerk, die Einrichtung einer zusätzlichen Nachtschicht während des Ramadan oder die an unterschiedlichen Orten berichtete „Adoption“ einer geflüchteten Person durch Handwerksunternehmen, die eine individuelle Unterstützung in Bereichen weit über den Arbeitskontext hinaus umfasst. Diese Beispiele finden sich in verschiedenen kleineren Kommunen, sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland. Wie oben bereits beschrieben, ist die Präsenz eines großen Arbeitgebers, der Menschen ohne (anerkannte) Qualifizierung in größerem Maßstab anstellt, ein wichtiger Faktor für die Rezeptivität des lokalen Arbeitsmarktes. Gleichzeitig zeigen diese Beispiele, dass es auch bei anderen lokalen Arbeitsmarktstrukturen prinzipiell möglich ist, Geflüchtete zu integrieren – wenn denn die Bereitschaft der Arbeitgebenden vorhanden ist und ein gewisser personeller, zeitlicher und finanzieller Aufwand geleistet werden kann (vgl. Enßle-Reinhardt et al. 2022b). Ein Interesse an Neuem, aber auch

Veränderungsdruck, etwa aufgrund des bereits erlebten Fach- und Arbeitskräftemangels, können die Offenheit von KMU für Geflüchtete fördern. Unternehmer-Netzwerke oder lokale Vereine zur Wirtschaftsförderung können den Erfahrungsaustausch zur Beschäftigung von Geflüchteten und internationalen Fachkräften fördern und konkrete Hilfe beim Umgang mit Problemen leisten. Zudem wirkt ein Netzwerk von migrantischen Unternehmen auf dem lokalen Arbeitsmarkt unterstützend und kann, insbesondere in der ersten Zeit nach der Ankunft, wichtige Zugänge bieten.

Im Feld der *lokalen Politikgestaltung* ist es entscheidend, dass sich lokalpolitische Akteure für das Thema Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete interessieren, dieses sichtbar vertreten und sich mit Beratungsprogrammen und Fördermöglichkeiten auskennen. Denn vielerorts werden bei Weitem nicht alle Möglichkeiten der Unterstützung ausgeschöpft. In diesem Handlungsbereich verschränken sich die Felder der Lokalpolitik und der Privatwirtschaft, denn auch institutionelle Akteure aus der Wirtschaft, wie die Industrie- und Handelskammer (IHK) oder die Handwerkskammern, können Strukturen schaffen, die Zugänge ermöglichen. Zum Beispiel indem sie Wissen bereitstellen, wie akademische Abschlüsse anerkannt oder berufliche Fähigkeiten von den Kammern validiert werden können. Insbesondere der Jobturbo hat die Weichen für mehr bedarfsgerechte Unterstützung von Geflüchteten und Arbeitgebenden gestellt: durch neue Strukturen wie Berufssprachkurse (BSK) und eine engere Zusammenarbeit zwischen Arbeitsagenturen, Jobcentern und lokalen Unternehmen (vgl. Terzenbach 2024). Die tatsächliche Nutzung dieser Ressourcen bleibt aber eine Herausforderung – gerade in ländlichen Regionen, in denen Vernetzung und informeller Wissenstransfer zwischen Institutionen aufgrund größerer Distanzen schwieriger zu organisieren ist als in der Großstadt.

Schließlich ist für den Zugang zum Arbeitsmarkt auch das *lokale gesellschaftliche Klima* entscheidend. Forschungsergebnisse zeigen eine große Bandbreite dessen, wie Zuwanderung von Geflüchteten vor Ort betrachtet und verhandelt wird, woraus sich auch unterschiedliche Teilhabemöglichkeiten ergeben (vgl. Glorius 2023; Glorius 2022a). Die Bedeutung der Einstellungen und sozialen Strukturen vor Ort wird häufig übersehen, wenn es um den Zugang von

Geflüchteten zum Arbeitsmarkt geht. Viele nehmen an, dass es allein von der Willenskraft Geflüchteter abhängt, die deutsche Sprache zu erlernen und sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, die deutschen Gepflogenheiten zu übernehmen und sich anzupassen (vgl. Younso & Schamann 2023; Bürer et al. 2021). Wie bereits erwähnt, ist der lokale Arbeitsmarkt jedoch häufig gar nicht zugänglich für Geflüchtete. Besonders in kleineren, migrationsunerfahrenen Kommunen antizipieren Unternehmen, dass die Stimmung unter den Beschäftigten und bei der Kundschaft es nicht zulassen würde, Geflüchtete einzustellen. Gerade Betriebe mit direktem Kundenkontakt befürchten, dass ihre Kunden die migrantischen Mitarbeitenden nicht akzeptieren und ihnen dann keine Aufträge mehr erteilen würden (vgl. Glorius 2024). Nur langsam stellt sich nach unseren Beobachtungen eine Gewöhnung an die neue Diversität ein, die mit einer Akzeptanz „der Anderen“ einhergeht und rassistischen Vorbehalten entgegenwirkt. Das zeigt beispielsweise das nachfolgende Zitat einer Gesprächspartnerin in einer Kleinstadt, das im Rahmen des NaMiK-Forschungsprojekts³ entstand: „Wir haben beim Bäcker zum Beispiel eine Mitarbeiterin, die trägt Kopftuch. Das wäre ja vor zehn Jahren undenkbar gewesen. Also, das hat sich wirklich geändert“.

Es kann für kommunale und wirtschaftliche Akteure sinnvoll sein, Formate zu entwickeln, die die Normalität von Migration im Bereich des Arbeitsmarktes sichtbar machen. Beispiele können die bewusste Darstellung einer diversen Belegschaft in Firmenbroschüren sein, die aktive Einbindung von migrantischen Mitarbeitenden bei Jobbörsen oder Handwerksmessen sowie die Repräsentation von migrantischen Stimmen bei Unternehmensvereinigungen. Diese Maßnahmen können langfristig auf ein diversitätsoffeneres Klima hinwirken. Für die konkrete Aufgabe des Arbeitsmarkteinstiegs von Geflüchteten, insbesondere in kleineren Gemeinden, kann wiederum auf das lokal gebundene Sozialkapital zurückgegriffen werden. Ehrenamtlich Engagierte haben in der Vermittlung zwischen Geflüchteten und der Lokalbevölkerung eine große Bedeutung, wenn etwa Kontakte hergestellt, Praktika vermittelt und Bewerbungsunterlagen erstellt werden (vgl. Kordel et al. 2023b). Hierbei profitieren Geflüchtete indirekt

3 Interview KU-7 aus dem vhw geförderten Forschungsprojekt *Narrative zu Migration in Klein- und Mittelstädten (NaMiK)*.

von den dichten sozialen Netzwerken, die für Kleinstädte und ländliche Gemeinden typisch sind: die Bewohnerinnen und Bewohner treffen sich in ihren unterschiedlichen Akteursrollen regelmäßig (beispielsweise im Elternbeirat, beim Kirchenbesuch, im Sport- und Gesangsverein) und pflegen auch im Alltag vergleichsweise dichte Kontakte. Die dadurch aufgebauten dichten Netzwerkverbindungen können auch genutzt werden, um für Geflüchtete konkrete Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsplätze zu finden. Die folgende Übersicht kondensiert die Hauptbefunde zum Zugang von Geflüchteten zu lokalen Arbeitsmärkten.

Faktoren für positive Rezeptivität im Bereich Arbeit

- ✓ Es gibt einen Bedarf an Arbeitskräften in Tätigkeitsfeldern, die insbesondere für den Einstieg geeignet und mit geringen Sprachkenntnissen leistbar sind.
- ✓ Es gibt eine zugängliche lokale Stelle (z. B. Jobcenter, Landesprogramm, NGO), die über Anerkennungsverfahren, Weiterbildungs- und Fördermöglichkeiten informieren kann.
- ✓ Geflüchtete haben raschen Zugang zu Sprachkursen und können diese mit dem ÖPNV erreichen.
- ✓ Die lokale Ausländerbehörde unterstützt die Arbeitsaufnahme von Geflüchteten und erteilt auch für Menschen mit unsichertem Aufenthalt (im Asylverfahren, bei Duldung) eine Arbeitserlaubnis.
- ✓ In Betrieben gibt es die Bereitschaft, Geflüchtete zu beschäftigen. Sie suchen nach kreativen Lösungen für formale und sprachliche Hürden, agieren inklusiv und werden dabei von Institutionen unterstützt.
- ✓ Die lokale Gemeinschaft öffnet sich für Diversität und nimmt geflüchtete Mitarbeitende als Bereicherung wahr.

5. Über die Aufnahme hinaus: Wie die Ressourcen kleinerer Kommunen für die langfristige Bindung von internationalen Zugewanderten genutzt werden können

Mit diesen Beispielen rund um den Wohnungs- und Arbeitsmarkt konzentrierte sich die bisherige Darstellung auf zwei Bereiche, die für die Aufnahme von Geflüchteten und das erste Einleben von Zugewanderten wichtig sind. Für kleinere Kommunen, insbesondere für schrumpfende Kleinstädte, ist aber entscheidend, dass Zuwanderung nachhaltig ist und Menschen auf Dauer bleiben. Nur so bietet Zuwanderung die Chance, dem Bevölkerungsrückgang und dem demografischen Alterungsprozess entgegenzuwirken. Dafür ist es zentral, dass Neuzugewanderte lokale Bleibeperspektiven entwickeln und nicht nach der ersten Phase des Ankommens in andere Regionen abwandern. Der Zugang zu adäquatem Wohnraum und eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt sind dabei entscheidende, aber nicht die einzigen Faktoren. Bestehende Forschung zeigt, dass sogenannte „weiche Faktoren“, wie die soziale Einbindung und das gesellschaftliche Klima, ebenfalls ausschlaggebend für die Bleibeperspektive von Zugewanderten sind (vgl. Glorius 2024).

Diese Erkenntnisse sind nicht nur für Geflüchtete relevant, sondern auch für andere Gruppen, wie Arbeitsmigrantinnen und -migranten oder internationale Studierende (ebd.). Klein- und Mittelstädte sind inzwischen häufig Standorte von Fachhochschulen und Universitätseinrichtungen und haben damit auch Teil an der wachsenden Internationalisierung von Studierenden in Deutschland (vgl. Steinführer & Kordel 2024: 126). So erreichte der Anteil internationaler Studierender im Wintersemester 2025/26 mit über 420.000 einen neuen Höchststand (vgl. DAAD 2025). Es ist also zu erwarten, dass sich dies auch in Universitäten und Fachhochschulen in kleineren Gemeinden zeigt.⁴ Doch derzeit verlassen die meisten internationalen Studierenden diese Hochschulstandorte nach Abschluss ihres Studiums. Ein längerfristiges Bleiben

⁴ Vgl. beispielsweise die Hochschule Anhalt mit Standorten in Bernburg, Köthen und Dessau-Roßlau mit einem Anteil von gut 35 Prozent internationaler Studierender im Jahr 2025 (vgl. HS Anhalt o.J.) oder die Hochschule Mittweida mit einem Anteil von gut 28 Prozent internationaler Studierender unter den Absolventinnen und Absolventen im Jahr 2025 (vgl. HS Mittweida 2025).

wird oftmals von keiner der beiden Seiten (weder von den internationalen Studierenden noch von den Einheimischen) als Option betrachtet (Glorius 2016; Petzold 2022; SVR-Forschungsbereich 2019).

Auch im Bereich der Arbeitsmigration dominiert in kleineren Kommunen die temporäre Perspektive, etwa wenn es um Saisonarbeit in der Landwirtschaft und der Lebensmittelverarbeitung oder in der Tourismusindustrie geht (vgl. Steinführer und Kordel 2024: 124). Doch dies wandelt sich allmählich. Durch den Fachkräftemangel im Pflege- und Gesundheitsbereich wird in diesem Arbeitsmarktsegment seit Jahren aktiv um internationale Fachkräfte geworben – und ländliche Gemeinden mit ihren Klinikbetrieben sind diesbezüglich keine Ausnahme. Viele haben über die Jahre fundierte Erfahrungen gesammelt, wie der Anwerbeprozess gelingen kann und welche lokalen Rahmenbedingungen gegeben sein müssen, damit internationale Fachkräfte tatsächlich an die ländlichen und kleinstädtischen Standorte kommen. Doch nach einigen Jahren des Einlebens und Weiterqualifizierens steht häufig die nächste Migrationsentscheidung an: Manche Fachkraft entscheidet sich dann zur Rückkehr oder auch zur Weiterwanderung, beispielsweise in einen diversitätsgeprägten Ballungsraum. Vor diesem Hintergrund gerät die Frage in den Fokus, wie ausländische Arbeitskräfte auch langfristig gehalten werden können – gerade in ländlichen Gebieten (vgl. Kordel et al. 2022).

Ob Menschen sich für ein langfristiges Bleiben entscheiden, hängt maßgeblich mit einem Gefühl des Willkommenseins zusammen (vgl. Kordel et al. 2023a). Dies entscheidet sich an unterschiedlichen Stellen: am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, bei Begegnungen im öffentlichen Raum, in Bildungseinrichtungen, aber auch darin, wie Migration vor Ort wahrgenommen wird und wie sich das im Umgang mit Zugezogenen zeigt. In großen Städten finden internationale Migrantinnen und Migranten erste Anknüpfungspunkte in den migrantischen Communities, und in einer zumindest in Teilen diversitätsoffenen urbanen Bevölkerung fällt es leichter, Gefühle des Willkommenseins und Dazugehörens zu entwickeln. In kleineren Kommunen existieren diese Voraussetzungen nicht unbedingt. Dafür bietet der kleinstädtische Raum andere Vorteile für das Knüpfen von Kontakten. So wird dort das Grüßen auf der Straße als ein wichtiges Signal des Dazugehörens beschrieben,

das von Zugewanderten auch so wahrgenommen wird. Durch eine überschaubare Anzahl von Bewohnenden in kleineren Kommunen entwickeln zufällige Begegnungen eine besondere Dynamik, denn Menschen begegnen sich häufig wieder und aus Fremden werden über die Zeit Bekannte (vgl. Enßle-Reinhardt & Schneider 2025). Wenn qualitätsvolle öffentliche Räume vorhanden sind, die zum Verweilen einladen und an denen Begegnungen stattfinden, können hier wichtige Anknüpfungspunkte entstehen (ebd.). Erste Kontakte können dann an Orten der Gemeinschaft, wie Vereinen, Jugendzentren oder Nachbarschaftsinitiativen ausgebaut werden. Öffentliche Räume mit hoher Aufenthaltsqualität und Begegnungseinrichtungen können somit als infrastrukturelle Ressource verstanden werden, die die lokale Rezeptivität erhöhen kann. Diese Orte der Begegnung sind aber nicht nur für zugewanderte Personen wichtig, sondern insgesamt für die Gemeinschaft vor Ort. Finanzielle Engpässe und der soziale Wandel führen aktuell dazu, dass traditionelle Orte der sozialen Zusammenkunft, wie Bürgerhäuser, Nachbarschaftseinrichtungen, Teile des Vereinswesens oder die Institution Stammtisch nicht mehr in gleicher Weise vorhanden oder nachgefragt sind, wie es früher der Fall war (vgl. Glöckner 2025). Hier gilt es, neue Austauschformate zu finden und im nachbarschaftlichen Miteinander zu etablieren und so diese Ressourcen der lokalen Rezeptivität zu aktivieren.

In Bezug auf Alltagsbegegnungen als Basis des Dazugehörens darf jedoch nicht die Möglichkeit der rassistischen Ausgrenzung ignoriert werden, die von schiefen Blicken und verbalen Beleidigungen bis hin zu körperlichen Übergriffen reicht. Insbesondere in Kommunen, die migrationsbezogene Diversität als etwas Ungewohntes und Neues erleben, berichten Migrantinnen und Migranten von solchen Vorfällen, wenn sie sich im öffentlichen Raum bewegen. Dabei ist die Ablehnung und stereotypisierende Behandlung nicht auf Geflüchtete begrenzt, sondern trifft alle Menschen, deren Erscheinungsbild als migrantisch eingeordnet wird. Die Daten des nationalen Rassismusmonitors zeigen, dass rassistische Einstellungen in Deutschland weit verbreitet sind (vgl. Fuchs et al. 2026). Unsere lokal vergleichenden Forschungsaktivitäten deuten darauf hin, dass vor allem in einigen Regionen Ostdeutschlands rassistische Vorbehalte als Teil des Umgangs mit Zugewanderten normalisiert werden (vgl. Glorius 2025). Dazu passt, dass

in kleineren Kommunen in Ostdeutschland die Abwanderungstendenzen von Geflüchteten im Vergleich zu westdeutschen Regionen deutlich höher sind (vgl. Kordel et al. 2023a). Ähnliche Befunde zeigen sich auch für Fach- und Arbeitskräfte (vgl. Gerards Iglesias 2023). Das gesellschaftliche Klima und die wahrgenommene Offenheit oder eben Ablehnung und Rassismus beeinflussen das persönliche Wohlbefinden und die soziale Einbindung vor Ort, und sind damit entscheidend für die Bleibeorientierung von Zugewanderten (vgl. Glorius et al. 2023b). Die folgende Textbox bündelt die zentralen weichen Faktoren, die zur Entwicklung von Bleibeperspektiven beitragen können.

Weiche Faktoren für Bleibeperspektiven

- ✓ Begegnungsorte wie Nachbarschaftseinrichtungen, Jugendzentren und Vereine erhalten, fördern oder neu etablieren.
- ✓ Qualitätsvolle öffentliche Räume schaffen, die zum Verweilen und zu Begegnung einladen.
- ✓ Anbietende von begegnungsfördernden Aktivitäten für mögliche (rassistische) Ausschlussmechanismen sensibilisieren.
- ✓ Rassismus und Ausgrenzung im lokalen Gemeinwesen entschieden entgegentreten und Offenheit für Vielfalt sichtbar kommunizieren.
- ✓ Offenheit für Vielfalt in alle kommunalen Institutionen (bspw. kommunale Krankenhäuser, Kitas, Schulen, Weiterbildungsstätten) tragen und Mitarbeitende für Diskriminierung sensibilisieren.

6. Fazit: Zuwanderung als Teil der Transformation kleinerer Kommunen

Die Gestaltung von Integrationsprozessen ist zu einer zentralen Aufgabe geworden, der sich auch kleinere Kommunen dauerhaft stellen müssen. Gefragt sind insbesondere Handlungsansätze, die das Ankommen von Migrantinnen und Migranten erleichtern, die die lokale Gemeinschaft für Vielfalt öffnen und Zugewanderte als Mitbürgerinnen und Mitbürger längerfristig in der Kommune halten. Das im Beitrag vorgestellte Modell der lokalen Rezeptivität bietet Verantwortlichen auf kommunaler Ebene ein konzeptionelles Gerüst, um jene Aufgaben zielgerichtet bearbeiten zu können. Es ermöglicht entlang der drei Felder – infrastrukturelle Ressourcen, lokale Politikgestaltung sowie lokale Gemeinschaft – die Aufnahmefähigkeit einer Kommune strukturiert zu analysieren und ausgehend von der lokalen Situation passgenaue Strategien abzuleiten. Handlungsleitend sollten hierbei die Fragen sein: Welche Ressourcen sind vorhanden? Und: Werden die vorhandenen Ressourcen genutzt, um Migrantinnen und Migranten den Zugang zur lokalen Gemeinschaft und wichtigen Lebensbereichen zu erleichtern?

Dabei zeigt die hier unternommene Analyse für die Handlungsfelder Wohnen und Arbeiten auf Basis aktueller Forschungsbefunde in kleinstädtischen Kontexten: Strukturelle Faktoren – wie beispielsweise im Bereich Wohnen der Wohnungsbestand und die Eigentümerstruktur oder im Bereich Arbeit das Vorhandensein und die infrastrukturelle Anbindung von Arbeitsplätzen – sind nicht allein ausschlaggebend für die Eingliederungsmöglichkeiten von Geflüchteten und anderen internationalen Zugewanderten. Auch weiche Faktoren, insbesondere die Offenheit für Diversität und das gesellschaftliche Klima vor Ort, sind für gelingende Integrationsprozesse und die Bleibeorientierung von Zugewanderten maßgeblich entscheidend. Für Akteure aus Politik und Verwaltung ist weiterhin festzuhalten, dass Handeln dann besonders effektiv wird, wenn vernetzt gedacht wird und Synergien gebildet werden. Das betrifft zum einen die Vernetzung von Verwaltungseinheiten untereinander, wenn etwa die lokale Wirtschaftsförderung oder die Jobcenter in einem guten Austausch mit der Ausländerbehörde stehen und gemeinsam nach Wegen für einen erleichterten Arbeitsmarktzugang

suchen. Zum anderen kann die Vernetzung mit verwaltungsexternen Akteuren, wie z. B. ehrenamtlichen Initiativen, anderes Wissen in Prozesse einbringen und neue Handlungsstrategien eröffnen. Einblicke in den Umgang mit der Fluchtzuwanderung 2015/2016 zeigen, dass gerade Kommunen, die durch die Herausforderungen etablierte Wege verlassen und verwaltungsinterne Abläufe und Regelprozesse in der Ausnahmesituation auf den Prüfstand gestellt haben, langfristig und auch in Bereichen jenseits von Migration davon profitieren.

Wie der Beitrag verdeutlicht, kann eine umsichtige Integrationspolitik kleinere Kommunen insgesamt stärken und ein wesentlicher Baustein kommunaler Transformation sein. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, Migration als Teil der gesamten Entwicklung der Kommune zu verstehen. In einem solchen Verständnis ist Migration einer unter zahlreichen weiteren Veränderungsprozessen, wie etwa Alterung der Gesellschaft, Strukturwandel, Veränderungen in der Arbeitswelt, sozialer Wandel, etc.. Hier lohnt sich eine integrierte Betrachtungsweise. Denn die meisten Themen, die in diesem Beitrag als ausschlaggebend für einen guten Umgang mit Zuwanderung diskutiert wurden, sind für andere Handlungsfelder relevant und wirken sich letztendlich positiv auf die gesamte Kommune aus. So kommt die Aktivierung von Leerstand auf dem Wohnungsmarkt der gesamten Stadtgesellschaft zu Gute, bedeutet sie doch eine Belegung von Quartieren und die Stärkung von Nachbarschaften. Von einer guten Begleitung des Einstiegs in den Arbeitsmarkt für Geflüchtete profitieren lokale Unternehmen und die Schaffung von Begegnungsorten im öffentlichen Raum macht die Kommune insgesamt lebenswerter.

Eine Beschäftigung mit dem Thema Zuwanderung kann außerdem zu einer neuen Identität kleiner Kommunen und ländlicher Räume beitragen, die den Lebensrealitäten heute entspricht. Vorstellungen von einer traditionellen und beständigen Ländlichkeit haben vielerorts an Gültigkeit verloren. Seit 2015 hat sich die Akteurslandschaft vor Ort diversifiziert und es sind migrantische Initiativen entstanden, die auch in kleineren Städten sichtbar und aktiv werden und sich einbringen. Damit stellt Zuwanderung stereotypisierende Bilder von kleineren Kommunen infrage, in denen diese als homogene, nicht-migrantische Gemeinschaften in ländlicher Idylle imaginiert werden,

wo Traditionen und gesellschaftliche Normen gewahrt bleiben (vgl. Gasch & Schneider 2024: 58; Glorius 2022b). Diese Idee von der traditionellen, sozial eng verbundenen Gemeinschaft in kleineren Kommunen, hält sich vielerorts, auch wenn bestehende Forschung dieses Bild mit empirischen Befunden herausfordert (vgl. Schieman & Steinführer 2021). Es braucht somit einen realistischen Blick auf die lokale Situation und neue Vorstellungen von dem, was Ländlichkeit und kleine Städte und Gemeinden ausmacht, um die Herausforderungen mit Blick auf Migration in der Zukunft erkennen und bearbeiten zu können. Zuwanderungsprozesse können hier eine Bereicherung sein, da sie Anlass bieten, neu darüber nachzudenken, welche Akteure und Personen die Kommune prägen und was die eigene Kommune ausmacht. Es ist eine Aufgabe für die gesamte lokale Gesellschaft, neue Vorstellungen zu finden und damit zukunftsorientiert zu arbeiten. Akteure aus Politik und Verwaltung sind hier besonders gefragt, um Denkprozesse anzustoßen, Diskussionen zu begleiten und gemeinschaftsfördernde Erzählungen anzuregen, die ein neues Selbstverständnis der lokalen Gesellschaft sichtbar machen, in dem Migration ein selbstverständlicher Teil ist.

Literaturverzeichnis

ADS – Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2020): Rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Umfragen/umfrage_rass_diskr_auf_dem_wohungsmarkt.pdf?__blob=publicationFile&v=4. Letzter Zugriff: 10. Februar 2026.

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2025): Schlüsselzahlen Asyl 2024. Nürnberg.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2024): Kommunale Wohnungsbestände in Deutschland. Ergebnisse der BBSR-Kommunalbefragung 2022. Bonn. DOI: [10.58007/9sy8-kb12](https://doi.org/10.58007/9sy8-kb12).

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2020): Arbeitsmarktintegration. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unterstützt die Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten mit einer Vielzahl konkreter Maßnahmen. <https://www.bmas.de/DE/Arbeit/Arbeitsfoerderung/foerderung-migranten.html>. Letzter Zugriff: 18. März 2025.

BMLEH – Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (o. J.): Verbundvorhaben „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Räumen Deutschlands“. <https://www.bmleh.de/DE/themen/laendliche-regionen/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/forschung-zukunftgefluechtete.html>. Letzter Zugriff: 10. Februar 2026.

Bürer, M.; Glorius, B.; Schneider, H. & Gasch, S. (2021): Handlungsorientierungen, Integrationspraktiken und Einstellungen zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in ländlichen Räumen. Thünen Working Paper (167). DOI: [10.3220/WP1613480791000](https://doi.org/10.3220/WP1613480791000).

DAAD – Deutscher Akademischer Austauschdienst (2025): Auswertung der DAAD-Schnellabfrage zu Einschreibezahlen der internationalen Studierenden im Wintersemester 2025/2026. https://static.daad.de/media/daad_de/der-daad/kommunikation-publikationen/presse/auswertung_daad-schnellumfrage_2025.pdf. Letzter Zugriff: 8. Mai 2026.

Enßle-Reinhardt, F. (2025): Zugang zum Wohnungsmarkt. Forschung:Praktisch 1. <https://blog.hrz.tu-chemnitz.de/forschungmigrationintegrationundzusammenleben/2025/02/19/zugang-zum-wohnungsmarkt/>. Letzter Zugriff: 15. Januar 2026.

Enßle-Reinhardt, F. & Schneider, H. (2025): Deshalb sind wir jetzt nicht ganz so fremd. Zur Bedeutung alltäglicher Begegnungen im Kontext von Fluchtmigration in deutschen Klein- und Mittelstädten. Berichte. Geographie und Landeskunde 98: 205-233. DOI: [10.25162/bgl-2025-0015](https://doi.org/10.25162/bgl-2025-0015).

Enßle-Reinhardt, F.; Schneider, H. & Glorius, B. (2022a): Integration von Geflüchteten in Kleinstädten, Mittelstädten und ländlichen Räumen: Zugang zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt und weiteren zentralen Ressourcen. Zusammenfassung des Länderberichts 2, Forschungsprojekt Whole-COMM. <https://blog.hrz.tu-chemnitz.de/forschungmigrationintegrationundzusammenleben/projektberichte/>. Letzter Zugriff: 8. Mai 2026.

Enßle-Reinhardt, F.; Schneider, H. & Glorius, B. (2022b): Post-2014 Migrants' Access to Housing, Employment and Other Crucial Resources in Small- and Medium-Sized Towns and Rural Areas in Germany. Country Reports on Integration. <https://whole-comm.eu/country-report/country-report-on-integration-germany/>. Letzter Zugriff: 8. Mai 2026.

Fuchs, L.; Gahein-Sama, M.; Kim, T. J.; Lam, M.; Podkowik, K.; Tran, K. & Zindel, Z. (2026): Verfestigte Abwertungen, fragiles Vertrauen. Rassismus und Diskriminierung in Deutschland. NaDiRa-Monitoringbericht des Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), Berlin.

Gasch, S. & Schneider, H. (2024): FluchtMigration in ländlichen Räumen. Paradoxien der Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit. In: Werner, F.; Piechura, P.; Bormann, C. & Breckner, I. (Hrsg.): Flucht, Raum, Forschung. Wiesbaden: 49-70.

Gerards Iglesias, S. (2023): Fachkräftelücke und Großinvestitionen. Der Osten braucht mehr Zuwanderung. IW-Kurzberichte 59. Köln.

Glöckner, J. (2025): Begegnungen und Gemeinschafts-orte in Klein- und Mittelstädten. Forschung: Praktisch 2. <https://blog.hrz.tu-chemnitz.de/forschungmigrationintegrationundzusammenleben/2025/02/19/ein-zweiter-test/>. Letzter Zugriff: 8. Mai 2026.

Glorius, B. (2025): Flucht, Ankommen und sozialer Wandel. Perspektiven für Geflüchtete in der deutschen Aufnahmegesellschaft. Bielefeld.

Glorius, B. (2024): Migration, Integration und Teilhabe in ostdeutschen Kommunen. In: Gesemann, F.; Filsinger, D. & Münch, S. (Hrsg.): Handbuch lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: 385-402.

Glorius, B. (2023): Flüchtlingsaufnahme in ländlichen Gemeinden: ein Vergleich lokaler Rezeptivität. Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie (ZAA) (71) 1: 75-94.

Glorius, B.; Bürer, M.; Gasch, S. & Schneider, H. (2023a): Die andere Seite von Integration: Zur Rolle der Aufnahmegesellschaft. In: Mehl, P.; Fick, J.; Glorius, B.; Kordel, S. & Schammann, J. (Hrsg.): Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands. Wiesbaden: 101-124.

Glorius, B.; Bürer, M.; Kordel, S.; Schammann, H.; Schneider, H.; Weidinger, T. & Younso, C. (2023b): Soziales Wohlbefinden Geflüchteter als Voraussetzung für das Bleiben in ländlichen Räumen. In: Mehl, P.; Fick, J.; Glorius, B.; Kordel, S. & Schammann, H. (Hrsg.): Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands. Wiesbaden: 191-221.

Glorius, B. (2022a): Lokale Diskurse zur Aufnahme von Geflüchteten – eine vergleichende Analyse von acht Landkreisen in Deutschland. Thünen Working Paper (205). [DOI: 10.3220/WP1671100450000](https://doi.org/10.3220/WP1671100450000).

Glorius, B. (2022b): Neue Heimat ländlicher Raum? Zum Umgang mit Einwanderung und "Fremdheit" in ländlichen Gemeinden Deutschlands. In: Belina, B.; Kallert, A.; Mießner, M. & Naumann, M. (Hrsg.): Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven. Bielefeld: 339-355.

Glorius, B.; Bürer, M. & Schneider, H. (2021): Integration of Refugees in Rural Areas and the Role of the Receiving Society: Conceptual Review and Analytical Framework. In: Erdkunde (75) 1: 51-60. [DOI: 10.3112/erdkunde.2021.01.04](https://doi.org/10.3112/erdkunde.2021.01.04).

Glorius, B. & Schondelmayer, A.-C. (2018): Perspektiven auf Fluchtmigration in Ost und West. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (12) 1: 75-92. [DOI: 10.1007/s12286-017-0368-3](https://doi.org/10.1007/s12286-017-0368-3).

Glorius, B. (2017): Unterstützungsbedarf von Geflüchteten und die Rolle des Ehrenamtes: Das Beispiel der Stadt Leipzig. Chemnitzer Beiträge zur Humangeographie online 4. https://www.tu-chemnitz.de/phil/iesg/professuren/geographie/Publikationen/ChHG/ChHG_online_4_2017.pdf. Letzter Zugriff: 10. Februar 2026.

Günther, F. & Schneider, H. (2024): Migration in ländlichen Räumen Europas: Eine Bestandsaufnahme aktueller Forschungen. Zeitschrift für Migrationsforschung (4) 1: 133-159. [DOI: 10.48439/zmf.298](https://doi.org/10.48439/zmf.298).

Hochschule Anhalt (o.J.): Profil. Wissensschmiede mit starkem Praxisbezug. <https://www.hs-anhalt.de/hochschule-anhalt/profil.html>. Letzter Zugriff: 8. Mai 2026.

Hochschule Mittweida (2025): „Die HSMW werdet ihr nicht los“. Feierliche Exmatrikulation für die Absolvent:innen des Sommersemesters 2025. <https://www.alumni.hs-mittweida.de/detailansicht-der-news/aktuell/8935/>. Letzter Zugriff: 8. Mai 2026.

Kordel, S.; Gasch, S.; Glorius, B.; Mehl, P.; Osigus, T.; Schammann, H.; Schneider, H.; Spenger, D.; Weidinger, T. & Younso, C. (2023a): Bleibeorientierung Geflüchteter, die Rolle der Aufnahmegesellschaft und Haltestrategien der Lokalpolitik. In: Mehl, P.; Fick, J.; Glorius, B.; Kordel, S. & Schammann, H. (Hrsg.): Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands. Wiesbaden: 127-159.

Kordel, S.; Weidinger, T. & Spenger, D. (2022): Anwerben, Einarbeiten, Halten von Drittstaatsangehörigen im Gesundheits- und Pflegesektor im Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim. [DOI: 10.5281/zenodo.6577171](https://doi.org/10.5281/zenodo.6577171).

Kordel, S.; Weidinger, T. & Spenger, D. (2023b): Sichtweise Geflüchteter auf das Leben in ländlichen Regionen. In: Mehl, P.; Fick, J.; Glorius, B.; Kordel, S. & Schammann, H. (Hrsg.): Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands. Wiesbaden: 47-73.

Kühn, B. (2023): Am Limit? Kommunale Unterbringung von Geflüchteten. Mediendienst Integration. Hildesheim. https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Universitaet_Hildesheim_Mediendienst_Integration_Umfrage_Fluechtlingsunterbringung_in_den_Kommunen.pdf. Letzter Zugriff: 8. Mai 2026.

Lebuhn, H.; Cramer, A.; Jahn, D. & Krüger, N. (2026): Teilhabe gestalten. Das Konzept der Stadtbürgerschaft und seine Potenziale für die kommunale Integrationspolitik. vhw-Schriftenreihe Nr. 54. Berlin.

Mehl, P.; Fick, J.; Glorius, B.; Kordel, S. & Schammann, H. (Hrsg.) (2023): Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands. Wiesbaden.

Petzold, K. (2022): Gekommen, um zu bleiben? Verbleibsintentionen internationaler Studierender in Deutschland. Beiträge zur Hochschulforschung (44) 2-3: 202-232.

Ratzmann, N.; Zekovic, D.; Blunert, J.; Kokonowskyj, L. & Nowicka, M. (2024): Chancen statt ‚Krise‘: Resiliente Kommunen im Kontext von Migration, Integration und Teilhabe. Berlin.

SA – Sachsen-Anhalt (Hrsg.) (2020): Integrationskonzept des Landes Sachsen-Anhalt 2020. <https://integrationsportal.sachsen-anhalt.de/themen/integration/integrationskonzept>. Letzter Zugriff: 15. Januar 2026.

Scheible, J. & Schneider, H. (2020): Deutsch lernen auf dem Land: Handlungsempfehlungen für die Sprachförderung von Migrantinnen und Migranten in Deutschland. WISO Diskurs 7. Bonn.

Schiemann, S. & Steinführer, A. (2021): In guter Gesellschaft? Sozialstruktur und soziale Beziehungen in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L. & Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover: 209-234.

Schlee, T.; Schammann, H. & Münch, S. (2023): An den Grenzen? Ausländerbehörden zwischen Anspruch und Alltag. Gütersloh.

Schneider, H. (2022): Local Migration Regimes in Rural Areas: The Example of Refugee Reception in Saxony, Germany. Comparative Population Studies 47. DOI: [10.12765/CPoS-2022-16](https://doi.org/10.12765/CPoS-2022-16).

SM.MV – Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung Mecklenburg-Vorpommern (2019): Zusammen leben in Mecklenburg-Vorpommern. Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten. Zweite Fortschreibung. Schwerin.

Steinführer, A. & Kordel, S. (2024): Ländliche Räume als Sozialräume. In: Grabski-Kieron, U.; Kordel, S.; Krajewski, C.; Mose, I. & Steinführer, A. (Hrsg.): Geographie ländlicher Räume. Paderborn: 87-147.

SVR Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2019): Dem demografischen Wandel entgegen. Wie schrumpfende Hochschulstandorte internationale Studierende gewinnen und halten. Berlin.

SVR gGmbH – Sachverständigenrat für Integration und Migration gGmbH (Hrsg.) (2026): Raum für Entwicklung: Wohnen und Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft. Berlin.

Terzenbach, D. (2024): Der Jobturbo. Erfahrungsbericht des Sonderbeauftragten der Bundesregierung zur Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen. <https://www.arbeitsagentur.de/news/erfahrungsbericht-zum-job-turbo>. Letzter Zugriff: 15. Januar 2026.

Weidinger, T. & Kordel, S. (2020): Access to and Exclusion from Housing Over Time: Refugees' Experiences in Rural Areas. International Migration (7) 2. DOI: [10.1111/imig.12807](https://doi.org/10.1111/imig.12807).

Younso, C. & Schammann, H. (2023): Wo ein Wille, da ein Weg? Migrationspolitik in ländlichen Räumen. In: Mehl, P.; Fick, J.; Glorius, B.; Kordel, S. & Schammann, H. (Hrsg.): Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands. Wiesbaden: 7599.

Impressum

vhw-werkSTADT
ISSN 2367-0819

Herausgeber

vhw Bundesverband für Wohnen und
Stadtentwicklung e. V.
Vorstand: Prof. Dr. Jürgen Aring
Bereichsleiter Forschung: Prof. Dr. Olaf Schnur

Redaktion

Kirsten Krüger

Sitz der Redaktion

Bundesgeschäftsstelle des vhw e. V.
Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
T +49 30 390 473-175
F +49 30 390 473-190
E werkstadt@vhw.de
vhw.de

Autorinnen

Dr. Friederike Enßle-Reinhardt
Prof. Dr. Birgit Glorius

Erscheinungsweise

unregelmäßig

Bezug

Alle Ausgaben der vhw-werkSTADT sind unter
vhw.de/publikationen/vhw-werkstadt/
kostenfrei herunterzuladen.

Titelbildquelle

© iStock/DianaRui

Der vhw beauftragt bzw. fördert Forschungsprojekte zu Themen, mit denen er sich im Rahmen seiner inhaltlichen Ausrichtung intensiver befasst. Als Herausgeber der vorliegenden werkSTADT legt der vhw grundsätzlich Wert auf die fachliche und formale Qualität der darin erscheinenden Abhandlungen. Er übernimmt jedoch keine Gewähr für die Korrektheit, Präzision und Vollständigkeit der im Text bereitgestellten Informationen sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die im Werk vertretenen Ansichten und Meinungen spiegeln darüber hinaus nicht notwendigerweise die Position des Herausgebers wider.